

# Rechtspolitisches Forum

## Legal Policy Forum

---

72

Wolfgang Hetzer

Finanzen und organisierte  
Kriminalität in Russland

Institut für Rechtspolitik  
an der Universität Trier





Rechtspolitisches Forum  
72



# **Finanzen und organisierte Kriminalität in Russland**

von

**Dr. Wolfgang Hetzer**

Institut für Rechtspolitik  
an der Universität Trier



## **Impressum**

Herausgegeben Prof. Dr. Thomas Raab  
unter Mitarbeit von Norman Koschmieder, Johannes Natus und  
Claudia Lehnen.

Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier · D-54286 Trier  
Telefon: +49 (0)651 201-3443 · Telefax: +49 (0)651 201-3448  
E-Mail: [irpsek@uni-trier.de](mailto:irpsek@uni-trier.de) · Internet: [www.irp.uni-trier.de](http://www.irp.uni-trier.de)

Die Redaktion übernimmt für unverlangt eingesandte Manuskripte keine  
Haftung und schickt diese nicht zurück.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die  
Meinung des Herausgebers oder der Mitarbeiter des Instituts wieder.

© Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier, 2015  
ISSN 1616-8828

## **Dr. Wolfgang Hetzer**

Dr. Wolfgang Hetzer, Jahrgang 1951, war zuletzt ein Jahrzehnt im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Brüssel als Abteilungsleiter und Berater des Generaldirektors dieses Amtes für strategische Informationssammlung und Auswertung sowie für Korruptionsbekämpfung zuständig. Er promovierte 1982 im Strafrecht und übernahm anschließend vielfältige Aufgaben in der Finanzverwaltung von Bund und Ländern, bei einem obersten Bundesgericht, in einer Fraktion des Deutschen Bundestags, in Ministerien und im Bundeskanzleramt, wo er mit der Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst betraut war. Im Wintersemester 2005/2006 hatte Dr. Hetzer einen Lehrauftrag an der Universität Trier inne.





*Diese Schrift ist Jürgen Roth zugeeignet, einem meiner engagiertesten Kollegen, der sich mit dem Mut und der Entschlossenheit eines echten Pioniers der Beschreibung und Bekämpfung organisierter und gefährlicher Kriminalität überall auf der Welt, besonders in Russland, widmet und dies hoffentlich noch sehr lange unbeschadet an Leib und Leben tun wird.*



# Finanzen und Organisierte Kriminalität in Russland

## I. Vorbemerkungen

Mitte November 2014 hat die russische Zentralbank mitgeteilt, wie sie sich die Zukunft vorstellt: Die von der EU und den USA verhängten Sanktionen wegen der Ukraine-Krise werden noch bis Ende 2017 in Kraft bleiben.<sup>1</sup> Eine starke Erhöhung des Erdölpreises ist nicht zu erwarten. Die russische Wirtschaft dürfte im Jahre 2014 nur um 0,3 Prozent wachsen, 2015 stagnieren, 2016 um 0,1 Prozent zulegen und sich erst 2017 mit einem Wachstum um 1,6 Prozent leicht erholen.

Das sind Zukunftsaussichten, wie sie eher zu einem malden südlichen Euroland passen, aber nicht zu einem Transformationsstaat mit einem Binnenmarkt von mehr als 140 Millionen Menschen und reichen Vorkommen an Bodenschätzen, von Erdöl über Erdgas bis hin zu Metallen. Selbst in einem optimistischen Szenario, das ein Ende der Sanktionen im dritten Quartal 2015 unterstellt, erwartet die Zentralbank auch für 2016 nur ein Wachstum von 0,7 Prozent. Das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) hatte 2013 um 1,3 Prozent zugenommen, auch schon ein Wert, der unter Analysten keine Begeisterung ausgelöst hatte.

Auch die russische Regierung konnte Anfang Dezember 2014 nicht mit optimistischeren Prognosen dienen. Es

---

<sup>1</sup> Zum Verhältnis zwischen der Ukraine und Europa in beeindruckender kritischer Klarheit: Juri Andruchowjtsch, Wir reden über Werte, ihr redet über Preise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. November 2014, S. 12.

war schon seinerzeit nicht übersehbar, dass die russische Wirtschaft unter dem Druck von fallendem Ölpreis, schwachem Rubel und internationalen Sanktionen immer schneller in die Krise rutschen würde. Für 2015 sagte die Regierung in Moskau jedenfalls einen Konjunkturreinbruch voraus. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde voraussichtlich um 0,8 Prozent schrumpfen, behauptete der stellvertretende Wirtschaftsminister Alexey Wedew. Zuletzt hatte die Regierung noch ein Wachstum von 1,2 Prozent erwartet. Diese Einschätzungen folgten dem Tag, an dem der Rubel einen historischen Absturz erlebt hatte. Die Landeswährung hatte gegenüber dem Dollar und dem Euro zeitweise um mehr als sechs Prozent nachgegeben. Damit trat der größte Verlust an einem einzelnen Tag seit der Währungskrise 1998 ein, die damals Russland in die Zahlungsunfähigkeit gestürzt hatte.

Der Rubel hat seit Beginn des Jahres 2014 gegenüber den genannten Währungen immerhin mehr als ein Drittel seines Wertes eingebüßt. Die fallenden Energiepreise dürften der wichtigste Grund für den Einbruch gewesen sein. Seit dem Sommer 2014 war der Ölpreis bis Dezember 2014 um 40 Prozent gefallen. Gleichzeitig schwanden die Möglichkeiten der Zentralbank, durch den Verkauf von Dollar und Euro zugunsten der Landeswährung einzugreifen.

Russland verfügt zwar über große Währungsreserven. Doch von den im Dezember 2014 noch vorhandenen 420 Milliarden Dollar waren 172 Milliarden Dollar auf zwei Vermögensfonds verteilt, auf die die Zentralbank keinen Zugriff hat. Es ist beabsichtigt, diese Fonds einzusetzen, um die Kosten zu tragen, die aus der Annexion der Krim entstehen. Zudem haben große Staatsunternehmen Ansprüche auf staatliche Mittel angemeldet, um sanktionsbedingte Verluste auszugleichen.

Ende 2014 waren die Währungsreserven im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 100 Milliarden Dollar abgeschmolzen. Im November 2014 hatte die Zentralbank den Kurs freigegeben, der zuvor in einem festgelegten Korridor gehalten worden war. Die im Sommer 2014 beschlossene dritte Stufe der Sanktionen gegen Russland traf die wichtigsten in staatlichem Besitz befindlichen russischen Banken. Dadurch blieb russischen Staatsunternehmen der Zugang zu internationalen Kapitalmärkten zunächst weitgehend verschlossen. Wegen der anhaltenden Bedienung alter Kredite erhöhte sich der Druck auf die Währung zusätzlich. Allerdings hatte sich der Kapitalabfluss bereits im März 2014 im Zuge der Krim-Annexion schon vor dem Beginn der Sanktionen beschleunigt. Nach den Erwartungen des russischen Wirtschaftsministeriums sollten im Jahre 2014 ca. 125 Milliarden Dollar abgeflossen sein.<sup>2</sup>

Es ist von einem „Absturz“ der russischen Wirtschaft die Rede, der durch die westlichen Sanktionen bewirkt worden sei. Dadurch habe man eine Kapitalflucht ausgelöst. Ein weiterer Grund für den Absturz liege in dem niedrigen Ölpreis. Der fallende Preis des wichtigsten Exportguts Russlands führe zu sinkenden Deviseneinnahmen und lasse die Wirtschaft schrumpfen.

Russland bezieht etwa 40 Prozent seiner staatlichen Einnahmen aus dem Ölexport. Da die Organisation erdölproduzierender Länder (OPEC) Ende November 2014 beschlossen hatte, die Fördermengen trotz des fallenden Preises auf dem damaligen Stand zu lassen, sank der Ölpreis wenige Tage später auf einen neuen Fünf-Jahres-Tiefstand, eine Situation, die zu weiteren jährlichen Verluste bis zu 100 Mil-

---

<sup>2</sup> Julian Hans, Russland stürzt in die Krise, in: Süddeutsche Zeitung, 3. Dezember 2014, S. 1.

liarden Dollar führen könnte. Aufgrund des massiven Wertverlusts des Rubels gegenüber dem Dollar mussten die Russen zum Ende des Jahres 2014 für einen Dollar erheblich mehr Rubel bezahlen. Mit Blick auf die weltweit in Dollar abgerechneten Öleinnahmen bedeutet dies, dass sie für jeden Dollar, den sie im Ausland erzielen, daheim mehr Rubel bekommen. Der Ölpreis war zwar seit Beginn des Jahres 2014 um ca. 40 Prozent gesunken. Der Rubel verlor in diesem Zeitraum gegen den Dollar aber ebenfalls 55 Prozent an Wert. In der Binnensicht glich sich beides also in etwa aus. Deshalb hielt sich das in Rubel berechnete russische Haushaltsdefizit bislang in engen Grenzen. Indessen dürfte sich die schwache Währung durch höhere Importpreise negativ auf die Wirtschaft auswirken. Für die russischen Verbraucher wurde die Entwicklung unmittelbar durch höhere Preise bei Importgütern und Lebensmitteln bemerkbar. Rund 80 Prozent der Menschen sollen sich über eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage beklagt haben.

Die Schrumpfung der Finanzvermögen tritt hinzu. Ende 2014 notierte die russische Börse so niedrig wie seit 2009, dem damaligen Höhepunkt der Finanzkrise, nicht mehr. Immer mehr Kunden russischer Banken tauschen ihre Rubel-Guthaben in Euro oder Dollar. Für die Finanzinstitute und Unternehmen Russlands wachsen wegen des niedrigen Wechselkurses die Schwierigkeiten bei der Bedienung ihrer Auslandsschulden. In diesem Szenario werden die westlichen Sanktionen immer stärker spürbar. Im Dezember 2014 wurde der dadurch bewirkte Schaden bereits auf 40 Milliarden Dollar geschätzt. Sollten die Sanktionen für das gesamte Jahr 2015 in Kraft bleiben, stünde die Mehrheit der russischen Unternehmen und Banken vor geschlossenen Kapitalmärkten. Findet der freie Fall des Rubels kein Ende, wären die auf über 400 Milliarden Dollar geschätzten Währungsreserven bald aufgebraucht. Dann müsste die russi-

sche Zentralbank intervenieren, um Panik in der Bevölkerung zu verhindern.<sup>3</sup> Putin verkündete gar eine Amnestie für Kapital, das aus Steueroasen zurück zu „Mutter Russland“ kommt. Aber im letzten Quartal des Jahres 2014 hatte schon ein Strom in die andere Richtung begonnen. Er verstärkte sich ständig. Anfang Dezember 2014 musste die Regierung bekennen, dass die Kapitalflucht in diesem Jahr so hoch ausfallen würde, wie seit langem nicht mehr.<sup>4</sup> Manchen Quellen zufolge soll sich die Kapitalflucht aus Russland bis zum Ende des Jahres 2014 auf mehr als hundert Milliarden Euro belaufen haben. Seit 2008 haben die Russen angeblich über 500 Milliarden Euro außer Landes gebracht.<sup>5</sup>

Es ist offensichtlich geworden, dass Russland einem nicht mehr konkurrenzfähigen Wirtschaftsmodell folgt. Die Sanktionen wegen der Ukraine-Krise lassen kaum auf Besserung hoffen. Noch schwerwiegender als der durch die Invasion der Krim bereits eingetretene Schaden, die direkten Folgen der Sanktionen, der Stopp von Erdölprojekten und der Ausschluss russischer Banken vom westlichen Kapitalmarkt wiegt der eingetretene Vertrauensverlust. Das verlorene Vertrauen wird so lange nicht wiederherstellbar sein, wie die russische Führung nicht zu einer regelgebundenen Außenpolitik zurückkehrt und das ungenierte Tarnen, Täuschen und Vorrücken des 19. Jahrhunderts fortsetzt. In Unternehmerkreisen waren indessen schon vorher Klagen laut geworden. Der schwache Rubel belastet schon seit Herbst 2013 das Geschäft, weil er die Erlöse ausländischer

---

<sup>3</sup> Markus Zydra, Russlands tiefer Fall, in: Süddeutsche Zeitung, 3. Dezember 2014, S. 12.

<sup>4</sup> Julian Hans, Der Sandmann spricht zur Nation, in: Süddeutsche Zeitung, 5. Dezember 2014, S. 4.

<sup>5</sup> Benjamin Bidder/Matthias Schepp, Im freien Fall, in: Der Spiegel, 8. Dezember 2014.

Firmen mindert und für russische Produzenten den Import von Vorprodukten verteuert. Der wichtige Inlandskonsum hat in den vergangenen Jahren nachgelassen.

Russland ist mindestens ökonomisch in einer Sackgasse gelandet. Die Industrieanlagen sind trotz geringen Wachstums nur deshalb derzeit noch gut ausgelastet, weil Investitionen lange Zeit zu niedrig waren. Die Arbeitslosigkeit ist zwar auch niedrig, aber die hergestellten Produkte sind international kaum konkurrenzfähig. Der Anteil von Erdöl und Erdgas an den Exporten ist sogar gewachsen. Die Investitionen gehen jedoch weiter zurück.

Die Staatsfinanzen Russlands sind gleichwohl immer noch relativ solide. Die Verschuldung ist gering. Man hält an ausgabensenkenden Haushaltsregeln ebenso fest wie an der Freiheit für den Kapitalverkehr. Die Zentralbank überließ Mitte November 2014 den Rubel ganz den Marktkräften, um Spekulationen gegen ihre Interventionspolitik einzudämmen. Die Liberalisierung fand vorfristig statt. Es mutet fast schon tragisch an, dass die bis jetzt relativ gute Finanzlage mehr Anreize zur Umverteilung bietet als zu Strukturreformen. Die Löhne sind über Jahre dank staatlicher Transfers und Erdöleinnahmen schneller als die Produktivität gewachsen. Kaum Fortschritte gab es hingegen bei der Stärkung des Wettbewerbs und der Bekämpfung von Bürokratie und Korruption, bei den Privatisierungen, der Förderung des Unternehmertums sowie der Rechtssicherheit. Sie dürften auch nicht eintreten, sollte der Staatseinfluss weiter wachsen, die Selbstisolation zunehmen und die „besoffene Beschwörung nationaler Größe“ nicht aufhören. Ein ernst zu nehmendes Protestpotential ist aber nicht erkennbar. Das russische Volk scheint sich darin zu gefallen, die zu erwartenden Einbußen mit „Stolz“ zu tragen.



Es bleibt abzuwarten, wie lange dieses Gefühl anhält. Russland war Ende 2014 mit einer Produktion von mehr als 10 Millionen Fass Erdöl pro Tag zwar noch ein großes Ölförderland.<sup>6</sup> Der Erdölpreis war zwischen Juli und November 2014 aber schon um rund ein Drittel gesunken, der Rubel zum Dollar um fast 40 Prozent gefallen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 konnte der russische Staat zwar noch einen Haushaltsüberschuss von 1,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielen, weil der Verfall der Landeswährung den Effekt des fallenden Erdölpreises, der in Dollar abgerechnet wird, mehr als ausgleichen konnte. Für das Jahr 2015 schätzt man aber, dass der Staatshaushalt einen Erdölpreis zwischen 100 und 110 Dollar benötigen wird, um die Balance zu halten. Ein Griff in die Reserven und die Aufgabe der Budgetdisziplin könnten die Folge sein. Putin dürfte sich mit Blick auf seine Popularität keine Abstriche bei den hohen Sozialtransfers leisten können. Die russischen Bürger haben dennoch schon einige Lasten zu tragen:

Der Rubelverfall ist mit einer steigenden Inflation verbunden, die im November 2014 immerhin schon 8,6 Prozent betrug. Dabei sanken die Reallöhne. Die Russen erhielten in den Geschäften immer weniger für ihr Geld. Das trifft die breite Masse und besonders die vielköpfigen unteren Einkommenschichten, die zu den treuen Putin-Anhängern zählen. Michail Fradkow, der Chef des Auslandsgeheimdienstes SWR, behauptete unterdessen, dass westliche Investmentfonds hinter den Attacken auf den Rubel stünden. Konserva-

---

<sup>6</sup> Ausführlich über diesen Wirtschaftszweig: Jonas Grätz, Russland als globaler Wirtschaftsakteur: Handlungsressourcen und Strategien der Öl- und Gaskonzerne, 2013. Zu einem ganz besonderen Fall, bei dem sogar ein ehemaliger Bundeskanzler (Gerhard Schröder) eine mehr oder weniger wichtige Rolle spielt: Jürgen Roth, Gazprom Das unheimliche Imperium – Wie wir Verbraucher betrogen und Staaten erpresst werden –, 2012.

tive Wirtschaftswissenschaftler sollen im Gegenzug Putin bedrängt haben, den Kapitalverkehr zu kontrollieren.<sup>7</sup>

Nach jüngeren Umfragen erwarten über 60 Prozent der Russen in naher Zukunft eine Verschlechterung ihres Lebensstandards. Man hält die Gefahr für Präsident Putin gleichwohl für überschaubar, leidet doch unter seiner Politik dennoch nicht die Unterschicht besonders stark, sondern die Mittelschicht, die sich zwar in der Illusion einer neuen Stärke Russlands in der Welt wiegen mag, der aber diese Welt – anders als früher – immer mehr verschlossen ist.<sup>8</sup> Der Kauf hochwertiger westlicher Konsumgüter und regelmäßige Ferien im Ausland sind durch Inflation und Rubelverfall mindestens gefährdet. Mitglieder der Oberschicht mögen sich nach wie vor im Skiurlaub in St. Moritz wohlfühlen.<sup>9</sup> Der mittlere Verwaltungsbeamte wird sich die Pauschalreise in die Dolomiten aber kaum noch leisten können. Auch und gerade die „normalen“ Russen zahlen einen Preis für das Leid der Ukrainer.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Bidder/Schepp, ebd.

<sup>8</sup> Vgl. auch: Alexander Bibkow, Die gefühlte Mittelschicht, in: Russland, Edition Le Monde diplomatique No. 13, 2013, S. 28 ff.

<sup>9</sup> Der Anteil der Russen an den Übernachtungen in St. Moritz machte bis vor kurzem noch 4 Prozent aus. Das ist doppelt so viel wie im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Doch jetzt müssen die Hoteliers auch um dieses zahlungskräftige und konsumfreudige Klientel fürchten: Christian Geinitz/Johannes Ritter, Die Russen fahren jetzt lieber zu Hause Ski, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Dezember 2014, S. 22.

<sup>10</sup> Benjamin Triebe, Es trifft Russlands Mitte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. November 2014, S. 17.

## II. Ressentiment und Sklavenmoral

Die russische Gesellschaft zeichnet sich gegenwärtig durch einen explosiven Anstieg von Aggressivität bei gleichzeitiger Abkehr von der Wirklichkeit aus.

Für den Philosophen Friedrich Nietzsche war das Ressentiment ein Merkmal der Moral von Sklaven, die infolge ihrer Lebenssituation die Welt in keiner Weise verändern können. Nach seiner Wahrnehmung beginnt der Sklavenaufstand in der Moral damit, dass das Ressentiment selbst schöpferisch wird und Werte gebiert. Es handeln Wesen, denen die eigentliche Reaktion, die Tat, versagt ist und die sich nur durch eine imaginäre Rache schadlos halten. Das führt zu einem Aufstand der Imagination gegen die Wirklichkeit. Im „Nein“ der Sklavenmoral zu einem „Außerhalb“, einem „Ander“, zu einem „Nichtselbst“ liegt ihre schöpferische Tat. Das Entstehen einer Sklavenmoral setzt eine Gegen- und Außenwelt voraus. Ihre Aktion ist nach dem Verständnis von Nietzsche von Grund aus „Reaktion“. Sklaven können auf die reale Welt nicht einwirken. Deshalb müssen sie die Welt in der Imagination vernichten und ihre Existenz radikal verneinen.

Vor diesem Hintergrund wird die Realitätsverweigerung im gegenwärtigen Russland in einen direkten Zusammenhang mit der Hilflosigkeit von Menschen gestellt, die unfähig zu sein scheinen, auch nur die kleinste Veränderung in ihrem Land oder wenigstens in ihrer Familie zu bewirken. Von Putin bis zum letzten Straßenkehrer ist die russische Gesellschaft nach dem Urteil eines zeitgenössischen russischen Kulturhistorikers „vom Ressentiment infiziert“. Die Unmöglichkeit, die Wirklichkeit zu beeinflussen, beruhe auf einer tiefen Krise der Institutionen. Rechtsschutzorgane und die

Staatsmacht handeln angeblich „perviert“ und zerstören das Gesundheits- und Bildungssystem.

Vielleicht hängt das wirklich alles mit der Globalisierung der Wirtschaft zusammen, die einen „Raum der Ströme“ eröffnet hat, der über nationale Territorien und souveräne Staaten hinausgeht. Dort bewegen sich Kapital, Waren, Ideen und Dienstleistungen. Auch Russland verdankt seinen Wohlstand, soweit vorhanden, der Teilhabe an diesem Raum. In einem übertriebenen Kult anachronistischer staatlicher Souveränität versucht die Regierung einerseits, daraus weiter Nutzen zu ziehen. Andererseits ist sie weiterhin darum bemüht, Probleme mit Hilfe nationaler Institutionen zu lösen. Das zeigt sich u. a. in naiv anmutenden Anstrengungen, Wirtschaftssanktionen mit ineffektiven Gegenmaßnahmen zu beantworten. Die bisher einzige erkennbare Wirkung derartiger Reaktionen ist die Verstärkung der Isolation Russlands.

Letztlich wird aus Ressentiment „Antipolitik“, also Krieg bzw. eine Aversion gegen Gesetze und jegliche Form staatsbürgerlichen Handelns. Damit werden Nationalismus und Populismus gefördert. Es entsteht ein „Führerkult“. Das entsprechende Charisma erwächst aus dem Bruch von Gesetz, Verfassung und internationalen Normen. Es verbreitet sich die paradoxe Illusion, dass Nationalismus internationale Probleme lösen kann und der „Führer“ Aufgaben erledigt, an denen die vermeintlich ineffizienten bürokratischen Demokratien scheitern.

Ein als Russland-Experte geltender deutscher Politiker wie der überraschend verstorbene CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Schockenhoff hat es allerdings nicht für möglich gehalten, dass Putin die europäische Friedensordnung über den Haufen wirft. Dies hätte man aber wissen können, wenn man die Einschätzung des russischen Präsidenten, die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts sei der

Zusammenbruch der Sowjetunion gewesen, ernster genommen hätte. Putin sei ein „paranoider“ Herrscher, der im Innern die Erhebung der Zivilgesellschaft und im Äußeren den Bedeutungsverlust seines Landes fürchte. Er agiere aus einer Position der Schwäche und überspanne dabei die Kräfte Russlands.<sup>11</sup>

Wie auch immer: Das gefährlichste Produkt der Antipolitik ist eine „Staatlichkeit ohne Staat“. Dann regiert eine „verwahrloste byzantinische Bürokratie“ und der Staat existiert als Institution nicht mehr. Institutionenverfall und ein Ressentiment, das der Einsicht in die eigene Handlungsunfähigkeit folgt, haben ein „Klima reiner Negativität“ geschaffen. Es gipfelt darin, dass Putin von der Bevölkerung als höchste moralische Autorität anerkannt wird, weil er nicht Gesetzen und Verträgen folgt, sondern seinem „moralischen“ Instinkt. Darin offenbart sich seine absolute Souveränität. So wird aber die Abkehr vom Realitätsprinzip begünstigt. Die Lüge ist zum politischen Prinzip geworden. Dieser Befund trifft allerdings nicht nur auf Russland zu!

Die modernen Medien haben es zudem ermöglicht, dass die Weltsicht den Phantasievorstellungen von Politikern folgt. Das heißt nichts anderes, als dass es keinen Unterschied mehr zwischen Lüge und Realität gibt, wie u. a. das Beispiel der russischen Gesellschaft zeigt. Dort greifen Lethargie und Gleichgültigkeit immer mehr um sich. Die Bürokratie wird zunehmend unfähiger, echte Probleme zu lösen, weil sie in der sich ausbreitenden Illusion die Verbindung zur Realität verliert. In Russland ist nach der Überzeugung von Michail Jampolsky die „Entwirklichung“ ins Stadium der Selbstzerstörung von Staat und Gesellschaft getreten. Der paranoide

---

<sup>11</sup> Zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 2014, S. 4 („Schockenhoff: Putin ist paranoid“).

Wunsch, mit allen Mitteln Stärke zu demonstrieren, offenbare, wie sehr die russische Politik oder besser „Antipolitik“ in Ressentiment, Schwäche und Kraftlosigkeit wurzelt.<sup>12</sup>

Diese zitierten Überlegungen scheinen durch faktisches Handeln bestätigt zu werden. Russische Langstreckenbomber sollen wieder an die Grenzen Nordamerikas fliegen. Die Luftwaffe ist in europäischen Lufträumen unterwegs und russische Kriegsschiffe hinterließen rechtzeitig vor dem G-20-Gipfel Mitte November 2014 „freundliche Grüße“ in den Gewässern vor Australiens Küsten. Russland fühlt sich offenbar wieder stark genug, um beim globalen Wettkampf um Einflusszonen und bei Machtdemonstrationen aller Art mitzumachen. Aus der Sicht mancher Beobachter trägt der Schein jedoch, weil am Ende vieles wieder eine Frage des Geldes sein wird, das allerdings merklich schwindet. Angesichts eines fallenden Ölpreises, der anhaltenden Kapitalflucht und der Verdrängung von Großunternehmen dürfte Russland seine wirtschaftliche Verwundbarkeit immer stärker spüren. Anscheinend besteht jedoch kaum Bereitschaft, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Es wäre doch nur ein Gebot der Vernunft, verstärkt um Investoren zu werben, statt sie fernzuhalten, und eine neue Kraftprobe mit dem Westen zu vermeiden, statt sie eingehen zu wollen. Ungeachtet der Annäherungsversuche an China wird Russland auf Europa als Markt in absehbarer Zeit wohl nicht verzichten können. Die Europäer dürften auch relativ rasch bereit sein, die Sanktionspolitik zu mildern oder gar aufzugeben. Dazu müsste Moskau aber eine Brücke bauen, indem es an der Umsetzung des Minsker Friedensabkommens mitwirkt und seine Hilfe für die Separatisten in der Ukraine beendet.

---

<sup>12</sup> Vgl. insgesamt: Michail Jampolsky, Die Russen verlieren den Bezug zur Realität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. November 2014, S. 11.

Stattdessen will die russische Führung aber anscheinend weiter lieber den Preis des Großmachtstolzes bezahlen.

In diesen Gedanken steckt womöglich die eine oder andere Erklärung für die derzeitig unvernünftige und realitätsverleugnende Haltung in der gegenwärtigen russischen Politik.<sup>13</sup> Andere bezeichnen sie jedoch als ein besonders frappierendes Beispiel für die Absurdität der herrschenden Ukraine-Russland-Debatte. Die gegen „die Russen“ erhobenen Vorwürfe sind nach der Einschätzung der deutschen Wissenschaftlerin Annett Jubara charakteristisch für Stil und Denkweise Jampolskys selbst. Ihm wird „Realitätsverweigerung“ vorgeworfen. Aus seinen nietzscheanischen Betrachtungen spreche eine gewisse „Erschöpfung“.<sup>14</sup>

Es blieb nicht bei einem Sängerwettstreit zwischen sensiblen Intellektuellen: Auf Initiative des früheren Beraters des ehemaligen Bundeskanzlers Kohl, Horst Teltschik (CDU), und des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Walther Stützle (SPD), haben sich über 60 hochmögende ehemalige Politiker und andere Mitglieder der deutschen Bewusstseinselite von Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder über den Alt-Bundespräsidenten Roman Herzog bis hin zum dem Schauspieler Mario Adorf Anfang Dezember 2014 zu einem Aufruf entschlossen. Die Unterzeichner behaupten, dass Nordamerika, die EU und Russland unausweichlich auf einen Krieg zutrieben, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Ihnen hat der Ukraine-Konflikt angeblich gezeigt, dass die Sucht nach Macht und Vorherr-

---

<sup>13</sup> Frank Nienhuysen, Teure Angeberei, in: Süddeutsche Zeitung, 14. November 2014, 4.

<sup>14</sup> Zu weiteren Gesichtspunkten: Annett Jubara, Nietzsche hilft nicht weiter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. November 2014, S. 11.

schaft nicht überwunden ist. Bei Amerikanern, Europäern und Russen sei der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu bannen, verloren gegangen. Anders sei die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten ohne gleichzeitige Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau, wie auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putin nicht zu erklären. Es wird u. a. an die Versöhnungsbereitschaft der Menschen Russlands und an die Weitsicht von Michael Gorbatschow erinnert, die zur Überwindung der Spaltung Europas beigetragen hatten. Nun aber müssten die Menschen in Europa wieder Angst haben. Man fordert eine neue Entspannungspolitik für Europa. Das Sicherheitsbedürfnis der Russen gilt als so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer. Vor einem Herausdrängen Russlands aus Europa wird gewarnt. Jeder außenpolitisch versierte Journalist werde die Furcht der Russen verstehen, seit NATO-Mitglieder im Jahre 2008 Georgien und die Ukraine einladen, Mitglieder im Bündnis zu werden. Unter Berufung auf eine Rede des Bundespräsidenten a. D. Weizsäcker am 3. Oktober 1990 sieht man eine klare Alternative: Europa wird geeinigt oder wir werden gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückfallen.<sup>15</sup>

Der Aufruf hat in Deutschland quer durch die Parteien Unbehagen ausgelöst. Er gilt als eine „irritierend schwierige Mischung“ und die Aufrufenden hätten sich im Adressaten getäuscht. Von den Grünen kam die Belehrung, dass Putin als Russlands autoritärer Herrscher ein neues Wettrüsten auslöst, seine Nachbarn bedroht und besetzt und im eigenen Land Jagd auf Andersdenkende machen lässt. Der Aufruf wird als eine „politisch-intellektuelle Zumutung“ empfunden, der „Null Empathie für die Bevölkerung der Ukraine“ enthalte

---

<sup>15</sup> Dokumentiert in „Zeit online“ (5. Dezember 2014).



und bei den Autoren eine „Mischung aus Undifferenziertheit und Voreingenommenheit“ zeige.

Die amtierende Bundeskanzlerin verwies in diesem Zusammenhang auf die souveräne Entscheidung der Ukraine, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterschreiben und betonte, dass die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine durch Russland nicht folgenlos bleiben dürfe.<sup>16</sup>

Der weltweite Journalist Heribert Prantl hält den Aufruf dagegen für einen Ausdruck einer berechtigten Befürchtung und erinnert an Helmut Kohl, der kurz zuvor gemahnt hatte, dass der Westen genauso wie Russland und die Ukraine aufpassen müssten, dass sie nicht alles verspielen, was man schon einmal erreicht habe. Nach der Einschätzung von Prantl hat der „Altkanzler“ gewiss recht. Für ihn sind manche der Verhaltensweisen etwa der G-7-Staaten keine Diplomatie, sondern „Gehabe“, das als solches der „Geschlechtstrieb der Politik“ sei. Dabei nähmen sich Putin und Obama nicht viel. Es war in der Tat nicht gerade hilfreich, dass der amerikanische Präsident Russland als „Regionalmacht“ verhöhnt hat. Die großen Weltkonflikte sind ohne diese „Regionalmacht“ nämlich nicht zu lösen. Wenig Sinn macht es auch, Putin fast täglich „anti-westliche Rhetorik“ vorzuwerfen.<sup>17</sup>

Einem Kollegen Prantls gilt der Text des Aufrufs als ein Beleg dafür, dass dessen Unterzeichner die Ängste der Russen selbst überhaupt nicht verstehen. Seine Kritik beginnt mit dem Hinweis darauf, dass die Nato oder einzelne ihrer Mit-

---

<sup>16</sup> Vgl. Karl Doemens, Scharfe Kritik an Aufruf zu anderer Russland-Politik, <http://www.mz-web.de/politik/prominente-fordern-entspannungspolitik-scharfe-kritik-an-aufruf-zu-anderer-russland-politik,20642162,29262140.html> (8. Dezember 2014).

<sup>17</sup> Heribert Prantl, Der Rat der Alten, in: Süddeutsche Zeitung, 8. Dezember 2014, S. 4.

glieder Georgien und die Ukraine gar nicht eingeladen hätten, Bündnismitglieder zu werden. Staaten könnten (müssten) die Aufnahme vielmehr beantragen. Entsprechende Anträge Georgiens und der Ukraine im Jahre 2007 hatte die Nato auf dem Gipfel von Bukarest 2008 aber abgelehnt. Das würde sie heute wieder tun. Nach einer damaligen Umfrage befürchteten allerdings nur drei Prozent der befragten russischen Bürger eine Gefährdung ihres Staates durch einen Beitritt dieser Länder zur Nato, während immerhin elf Prozent eine militärische Bedrohung durch die USA, Nato und den Westen insgesamt nannten. Zu Beginn der Finanzkrise hielten jedoch 70 Prozent der Befragten einen Abfall des Lebensstandards bis zur Hungersnot für höchst wahrscheinlich. Ein Krieg mit westlichen Ländern erschien den Russen dagegen kaum realistischer (17 Prozent) als die Bedrohung durch Kometen (15 Prozent).

Ungeachtet der im Aufruf thematisierten „unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung“ führt in jüngeren Erhebungen nicht mehr der wirtschaftliche Absturz die Angstliste der Russen an, sondern die „Überfremdung“, also die Furcht davor, dass Chinesen die russische Bevölkerung verdrängen könnten. Die Ängste vor Terror rangieren an zweiter Stelle. Auf dem letzten Platz landete die Angst vor einem Krieg mit dem Westen. Nur 13 Prozent hielten das im August 2014 für eine realistische Gefahr. Die Furcht vor einer Spaltung in der Machtelite und dem darauf folgenden Machtkampf war deutlich größer (21 Prozent).

Insgesamt werden in der russischen Bevölkerung zwar weniger Ängste vor dem Westen beobachtet. Die innerrussische Propaganda, wonach die russische Armee Amerika in „radioaktive Asche“ verwandeln könnte, scheint durchaus Wirkung zu haben. Aber es wächst die Feindschaft. Im Jahr der großen Osterweiterung (Litauen, Lettland, Estland, Slo-

wakei, Slowenien) galt den von einem unabhängigen Institut Befragten im Jahre 2004 das Verhältnis zu den USA als „normal und entspannt“ (41 Prozent). Diese Werte blieben bis Januar 2014 zusammen stets über 35 Prozent. Mit Beginn der antiwestlichen Propaganda stürzten sie aber im März 2014 auf 16 Prozent. Und im September 2014 hielten nur noch zwei Prozent der Russen die Beziehungen zu den USA für normal. Im Hinblick auf die EU sieht die Kurve ähnlich aus.

Vor dem Hintergrund dieser Daten hält manch einer das Bedrohungsbild, das der Kreml im Inland verbreitet, nicht für militärisch geprägt. Es gehe um „gekränkten Stolz“. Aus der Sicht von Putin nutzen die USA die Krise in der Ukraine, um das aufstrebende Russland kleinzuhalten. Das glauben angeblich auch 79 Prozent der Russen. Mehr als jedem zweiten Russen sei es heute wichtiger, dass sein Land eine Großmacht ist, als in Wohlstand zu leben: „Man hat keine Angst, man möchte anderen Angst machen können.“ Putin wird unterstellt, dass er diese Gefühle nutzt, weil er selbst Angst habe. Die antiwestliche Propaganda habe 2012 begonnen, nachdem Hunderttausende Russen gegen gefälschte Wahlen protestiert hatten. Unter dem Eindruck der Vorgänge auf dem Maidan in Kiew sei sie „radikal“ verschärft worden. Putin fürchte in Wahrheit weniger die Nato, sondern sein Volk.<sup>18</sup>

Eine weitere Stimme in der Debatte um den Aufruf räumte zwar ein, dass Friedensappelle immer zu begrüßen seien. Sie würden aber problematisch, wenn ihren Verfassern die nackte Angst die Feder führt oder den Texten überkommene Denkmuster zugrunde liegen. In dem zitierten Aufruf „Wieder

---

<sup>18</sup> So insgesamt: Julian Hans, Putins Angst, in: Süddeutsche Zeitung, 10. Dezember 2014, S. 4.

Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ komme beides zusammen. Das Resultat zeuge von einer grotesk verzerrten Wahrnehmung der Realität und einem beunruhigenden Geschichtsbild. Heute reiche schon ein Übungsflug russischer Fernbomber über dem Atlantik, damit deutschen Intellektuellen das Herz in die Hose rutsche. Unterdessen wird der ganz reale Krieg, der seit Monaten im Osten der Ukraine wütet, mit keinem Wort erwähnt. Mit manchen Formulierungen übernehme man gar Kernpunkte der russischen Propaganda, die nicht nur in der Ausdehnung des Moskauer Herrschaftsbereichs nach Mitteleuropa den gerechten Lohn für die sowjetischen Kriegsanstrengungen gegen Deutschland sehe, sondern auch die ukrainischen Toten des „Großen Vaterländischen Krieges“ kurzerhand dem sowjetischen Opferkonto gut schreibe, um sie sodann gegen die heutigen „Kiewer Faschisten“ in Stellung zu bringen. Die fast vollständige Ausblendung der Ukraine in dem Aufruf gilt nicht als bloße Ungenauigkeit. Es zeuge davon, dass die Autoren auf der Grundlage einer völlig veralteten „mental map“ argumentieren. Sie hätten die Ukraine nicht als historisches Subjekt und deren Bürger nicht als politische Akteure in ihren Kosmos aufgenommen. Wichtiger als die Verurteilung der Sucht nach Macht und Vorherrschaft scheine ihnen die Anerkennung Russlands als zentrale „Gestaltungsmacht“ zu sein. Der darin liegende Widerspruch wird offensichtlich nicht bemerkt. Unterschwellig rechtfertige der Aufruf somit genau das, wogegen er sich vordergründig wendet: das Denken in Einflussphären. Den Autoren sei es gänzlich fremd, die Perspektive der „kleinen“ Nationen (z. B. Polen, die baltischen Republiken) einzunehmen. Der zitierte Kommentator hält es für bezeichnend, dass sie das Ende der Spaltung Europas in erster Linie auf die Versöhnung von Deutschen und Russen zurückführen. Die knappe Formel, dass es Europa immer gut gegangen sei, wenn sich Russland und

Deutschland einig waren, dürfte in Warschau, Wilna und nun auch in Kiew jedoch wenig Anklang finden.<sup>19</sup>

---

<sup>19</sup> Bert Hoppe, Denen rutscht doch das Herz in die Hose, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Dezember 2014, S. 9.

### III. Exkurs: Nostalgie und Analyse

Die im Jahre 1981 in Sankt Petersburg geborene Schriftstellerin Lena Gorelik kam im Jahre 1992 nach Deutschland. Im Spätsommer 2014 packte sie wieder einmal die Sehnsucht nach Russland, so wie sie es als Kind erfuhr und erinnert. Sie blieb aber in Deutschland, weil sie sich nicht traute, in „ihr“ Land zu fahren, wo der Nationalismus wie eine ansteckende Krankheit um sich greife und ein Mann zum System geworden sei, der der Welt angeblich zeigen möchte, was Männlichkeit und Stärke ist. Gorelik blieb auf der aus ihrer Sicht „richtigen, weil demokratischen“ Seite. Dort wisse man, was Menschenrechte sind und liebe die Meinungsfreiheit. Trotzdem traue man sich nicht, einem Mann, der beides mit Füßen trete, die Meinung zu sagen – außer vielleicht durch halbherzige Sanktionen. Diese deutsch-russische oder russisch-deutsche Schriftstellerin fühlt sich ständig gezwungen, Putin zu erklären, wahlweise auch anzuklagen oder zu verteidigen. Die Themenkomplexe „Putin, Wodka, Kälte“ sind für sie unvermeidlich. Die kritiklose Liebe zu Putin und die anscheinend blinde Hörigkeit ihm gegenüber versucht sie mit Hinweisen darauf zu erklären, dass die Russen seit Jahrhunderten gelernt hätten, einen „starken“ Mann an ihrer Spitze zu lieben, jemanden, der sie führt, jemanden, der weiß, was gut für sie ist, letztlich jemanden, der für sie denkt, Kriterien, die Putin lückenlos erfülle. Manchmal wisse er sogar, was (oder wer) für andere Völker gut ist: Natürlich Putin selbst. Gorelik behauptet, dass die Russen Demokratie, Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft nicht gelernt hätten und sie nur als Begrifflichkeiten des Westens kennen würden:

„Und eines Tages war plötzlich Krieg. Als eine der Reaktionen auf die Sanktionen des Westens entwarf Putin einfach

ein Gesetz, das vorsieht, dass der russische Staat seinen Bürgern Entschädigungen zahlen kann, wenn deren Eigentum im Ausland eingezogen wird. Das nach dem russischen Geschäftsmann und Putin-Vertrauten „Arkadi Rotenberg“ genannte Gesetz soll angeblich dafür sorgen, dass keiner von Putins reichen Freunden unter den Sanktionen leiden muss.“

Gorelik hat ihre Erklärungsversuche aber inzwischen aufgegeben. Mentalitätsunterschiede, geschichtlich bedingte Entwicklungen, Eigenwahrnehmungen und anerzogenes Verhalten reichen nach ihrem Empfinden als Erklärungsmuster nicht mehr aus. Sie hält die zwischenzeitlich entstandene Ost-West-Konfrontation, die sich immer mehr zu einem Krieg zugespitzt habe, nicht nur für eine Zäsur in der europäischen Grundordnung nach 1989, sondern auch für eine Rückkehr zu Gräben, von denen man hoffte, sie würden für immer in den Geschichtsbüchern bleiben. Gorelik erinnert sich an ihre früheren Reisen in „die alte Heimat“, wo sich die teils nationalistische, teils raubtierkapitalistische, teils alles Andersartige verachtende Atmosphäre zu sehr mit dem Gefühl biss, nach dem sie sich sehnte und das sie im Privaten auch fand. Jetzt aber sieht sie sich außerstande, diese Trennung aufrechtzuerhalten und stellt fest, dass sie „ihr“ Russland nicht mehr bedingungslos, auf diese russische, melancholische Art und Weise lieben kann. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, zwischen Russland und der westlichen Welt habe sich in den Alltag, in die Köpfe der Menschen, die sie liebe, in ihre Gesprächsthemen und in ihr Leben gefressen.

All dies würde ihr den Rückzug in ihren privaten Schutzraum nicht gestatten. In das öffentliche Russland habe sie nicht gewollt bzw. sich dort nicht hin getraut. Gorelik will sich die Frage nicht beantworten, was sie in Russland gerade über-

haupt macht, wenn sie denn solche Empfindungen verspürte. Sie fühlt sich jedenfalls einer Heimat beraubt, die sie jahrelang in einer sehnsuchtsvollen Nostalgie festzuhalten versucht hatte. Diese Heimat sei nun einem expansionistischen, nationalistischen, überheblichen System namens Putin zum Opfer gefallen. Gorelik fragt sich, ob sie Teil einer Gesellschaft sein will, die einen Mann auf der Höhe seines weltzerstehenden Alleingangs verehere wie niemals zuvor. Sie will es nicht. Diese Antwort ist schmerzhaft für sie weil sie für eine Entscheidung steht, die sie nicht habe treffen wollen. Aber diese Schriftstellerin fühlt sich dort, wo sie geboren wurde und zu Hause war, nicht mehr wohl und auch nicht mehr sicher. Sie musste sich eingestehen, dass ihr (Heimat?)Land sie mit seinem Verhalten nicht mehr nur schockiert, sondern längst ängstigt.<sup>20</sup>

Bei dieser Intellektuellen dürfte Putin die Sehnsucht nicht bedienen können, die ansonsten weit verbreitet zu sein scheint: „Die Sehnsucht nach Führung“. Viele Russen machen den Eindruck, als ob sie darauf hoffen, dass der „starke Wladimir“ eine aus dem Gleichgewicht geratene Welt aus den Angeln hebt und sie geraderückt, auf dass sie endlich so werde, wie man sie schon lange erträumt. In Russland hat sich augenscheinlich die Überzeugung verbreitet, dass Putin die Kraft und die Macht dazu habe. Die Russen sind gegenwärtig wohl noch bereit, den Preis in Gestalt der Unterwerfung unter sein Regime der „gelenkten Demokratie“ zu zahlen. Immerhin hat dieser Präsident es geschafft, dass ein auf Öl und Gas gründender Wohlstand auch in breiteren Bevölkerungsschichten anzutreffen ist. Mit der Annexion der Krim, die von manchen als völkerrechtskonforme „Sezession“ bezeichnet wird, hat Putin vielleicht sogar die seeli-

---

<sup>20</sup> Lena Gorelik, Putin und ich, in: Süddeutsche Zeitung, 22. November 2014, S. 16.



schen Nöte von „Mütterchen Russland“ gelindert. Im Westen hat sich demgegenüber eine merkwürdige „Landschaft des Verständnisses“ gebildet. Darin ist der weitgespannte deutsche Schuldkomplex deutlich zu erkennen, der vom Zweiten Weltkrieg bis zur Nato-Osterweiterung reicht. Die zweite Verständnisquelle dürfte ein nicht nur politischer Antiamerikanismus sein, der nach einer Gegenmacht sucht, die der als problematisch wahrgenommenen Amerikanisierung der Welt (politisch, kulturell, technologisch) Einhalt gebietet. Als dritte Quelle wird das damit zusammenhängende Streben nach einem Gegenmodell zu den „dekadenten“ und „orientierungslosen“ Gesellschaften des Westens angesehen, das von der Sehnsucht nach starker politischer und geistiger Führung begleitet wird, wie sie übrigens auch in Deutschland immer wieder von „starken Wirtschaftsführern“ gefordert wird, unter pflichtschuldigstem Hinweis auf den Rahmen der gegebenen demokratischen Strukturen. Mittlerweile reicht der Traum vom starken Mann aber offensichtlich auch über diese Grenzen hinaus. Putin wird nicht zuletzt deshalb im rechtspopulistischen und rechtsextremen Milieu nicht nur verstanden, sondern sogar verehrt, obwohl er doch angeblich zumindest in der Ukraine den Faschismus zu Lande, zu Wasser und in der Luft bekämpft.

In den Augen der rechtsextremen französischen Politikerin Marine Le Pen hat sich Putin sogar zum letzten Verteidiger des Christentums in Europa qualifiziert. Diese Einsicht wurde vermutlich durch die Gewohnheit Putins befördert, ihre Partei „Front National“ mit erheblichen Geldmitteln zu unterstützen. Aus konservativer Sicht ist Putin als letzter „Kreuzritter“ unterwegs, der gegen die „Verwirrungen“ der Moderne zu Felde zieht und dem „Werteverfall“ Einhalt gebietet.<sup>21</sup>

---

<sup>21</sup> Berthold Kohler, Der starke Wladimir, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. November 2014, S. 1.

Putin selbst scheint Europa als Ganzes bisher nie wirklich ernst genommen zu haben. Seit Beginn der Ukraine-Krise sieht er sich jedoch einer Front gegenüber, an deren Zustandekommen er vermutlich lange nicht geglaubt hatte. Der Kreml war anscheinend nicht darauf vorbereitet, dass die EU tatsächlich Sanktionen gegen Russland ergreifen würde. Putin hat allerdings öffentlich erklärt, dass ein Russe, der sich im Recht fühlt, „unbesiegbar“ sei. In Moskau hat sich offensichtlich die Auffassung verbreitet, dass Europa zu spalten ist. Ein besonders wichtiges Ziel dürfte die Herauslösung Deutschlands aus der Anti-Russland-Front sein. Russland selbst lässt jedenfalls kaum Kompromissbereitschaft erkennen und scheint davon überzeugt zu sein, dass Europa nicht lange Widerstand leisten wird. Manche rechnen damit, dass die Absicht besteht, die Rebellengebiete der Ukraine mit einem Sonderstatus in einer föderalisierten Ukraine einzubinden und einen verfassungsrechtlichen Rahmen dafür zu schaffen. Dem wird Europa vermutlich kaum etwas entgegen setzen können. Putin könnte daher seine Ziele durchaus erreichen. Alle Sanktionen wären dann vergebens gewesen und Russland könnte sich seine nächsten Ziele ausuchen.<sup>22</sup>

Urteilkraft wird zu den höchsten politischen Gütern in der Demokratie gerechnet. Sie beruht wohl auf einem Akt des Zutrauens und der Zumutung. Unter den Bedingungen der modernen Demokratie beinhaltet dies eine besondere Verantwortung der Medien. Urteilkraft ist gegenwärtig sehr vonnöten, um einer Eskalation der Ukraine-Krise zu einem heißen oder zumindest kalten Krieg zwischen Ost und West entgegenzutreten. Man scheint fast vergessen zu haben, dass das Einflussgebiet der russischen Staatsmacht sowjeti-

---

<sup>22</sup> Christian Neef, „Weil wir im Recht sind“, in: Der Spiegel, 1. Dezember 2014.

scher Prägung vor nicht allzu langer Zeit bis in die Mitte Europas, in die Mitte Deutschlands, gereicht hat. Jetzt zählen die östlichen Gebiete der Ukraine dazu. Der Westen hat gewaltige „Geländegewinne“ gemacht. Aus russischer Sicht ist es ein Grund zur Sorge, wenn ein Land wie die Ukraine Anstalten zu einem Beitritt in die Nato und in die EU unternimmt. Mittlerweile ist die Frage nicht von der Hand zu weisen, ob den Sicherheitsinteressen Russlands und vor allem seinem Bestreben, als gleichberechtigter Partner der Weltpolitik anerkannt zu werden, hinreichend Rechnung getragen wurde. Dahinter steht die Frage, ob der Westen nicht auch eine Mitschuld am Ukraine-Konflikt trägt. Diese und andere Fragen wurden in der bisherigen Berichterstattung des Westens kaum seriös behandelt. Auf die Zusicherungen des Westens im Gefolge der deutsch-deutschen Vereinigung und der Auflösung des Warschauer Pakts, die Nato nach Osten nicht auszuweiten, wird bis heute in der deutschen „Mainstream-Presse“ nicht eingegangen. Es gibt übrigens auch keine Untersuchungen darüber, was mit den fünf Milliarden Dollar geschehen ist, von denen die Abteilungsleiterin im US-Außenministerium Victoria Nuland („Fuck the EU“) behauptete, sie seien zur Förderung der Demokratie in die Ukraine geflossen. Welche Motivation hat diese großzügige „Investition“ geleitet? In welche Kanäle sind die Gelder geflossen? Wer hat davon profitiert? Welche Folgen hatte der amerikanische Geldfluss? Welche Bedingungen mussten von wem erfüllt werden? Bis heute weiß das niemand. Die „Mainstream-Berichterstattung“ verletzt also womöglich die journalistischen Gebote der Sorgfalt und der Vollständigkeit, der Distanz und der Objektivität.<sup>23</sup>

---

<sup>23</sup> So Julian Nida-Rümelin, Gewaltige Geländegewinne, in: Süddeutsche Zeitung, 2. Dezember 2014, S. 18. Vgl. auch: Mathias

## IV. Quantitative Näherungen

Es gibt bislang nur wenige neuere seriöse Studien, denen es gelingt, das Ausmaß und die Bedeutung illegaler Kapitalbewegungen aus Russland seit 1994, dem Jahr, in dem zuerst halbwegs aussagekräftige Zahlungsbilanzen für dieses Land verfügbar waren, zuverlässig und halbwegs realistisch zu bemessen und zu bewerten. Das hängt auch mit unterschiedlichen methodischen Vorannahmen und Kriterien zusammen. Ökonomen haben bislang Kapitalzufuhr und Kapitalausfuhr im Nettobetrag ermittelt, unabhängig davon, ob es sich um legale oder illegale Kapitalbewegungen handelte. Damit sind methodische und logische Schwächen verbunden. Eine Netto-Bilanzposition mag sinnvoll erscheinen, wenn es um legale Kapitalbewegungen im Rahmen ausländischer Direktinvestitionen oder erkannter bzw. berichteter Kapitalflucht geht. Bei illegalen Kapitalbewegungen macht eine Nettobestimmung dagegen wenig Sinn, weil der Kapitalfluss auch in beiden Richtungen illegal ist. Die Bestimmung eines Nettobetrages entspräche einem „Netto-Verbrechen“, weniger einem Netto-Nutzen oder dem Kostenbetrag für die Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund haben Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler Anfang 2013 versucht, in ihren Schätzungen zwischen den Nettobeträgen legaler Kapitalbewegungen, den illegalen Bruttoausfuhrbeträgen und der allgemeinen Kapitalflucht aus Russland zu unterscheiden. Sie haben auch das Konzept der Totalerfassung illegaler Kapitalbewegungen entwickelt (Illegale Einfuhren plus illegale Ausfuhren), um die Verbindungen zu untersuchen, die zwischen

---

Bröckers/Paul Schreyer, Wir sind die Guten – Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren –, 2014.

dem Gesamtvolumen und den Aktivitäten der Untergrundökonomie in Russland bestehen.<sup>24</sup> Nach ihren Erhebungen ist im Zeitraum zwischen 1994-2011 aus Russland legales und illegales Kapital im Gegenwert von insgesamt 782,5 Milliarden Dollar abgeflossen. Das entspricht einem jährlichen Durchschnittswert von 43,5 Milliarden Dollar. Diese Zahlen schließen Abflüsse auf Grund absichtlich fehlerhafter Handelsrechnungen ein.

Die kumulativen illegalen Kapitalzuflüsse durch Überfakturierungen im Exportgeschäft (vielleicht auch zur betrügerischen Erlangung von Ausfuhrerstattungen) beliefen sich im genannten Zeitraum auf 145,8 Milliarden Dollar, während der Kapitalzufluss durch Unterfakturierung im Importgeschäft (möglicherweise angetrieben durch die Absicht zur Vermeidung von Zollzahlungen) die Höhe von 397,1 Milliarden Dollar erreichte. Die Verfasser der zitierten Studie empfehlen den russischen Behörden daher dringend, solche illegalen Praktiken zu untersuchen, die die Fiskalpolitik der Regierung durch Einnahmeverluste und wachsende Ausgaben unterminieren. Sie fanden heraus, dass Regierungs- bzw. Verwaltungshandeln („Governance“) der wichtigste Faktor bei der Entwicklung illegaler Kapitalbewegungen und der Untergrundökonomie ist.

Diese „Wirtschaftsordnung“ ist in ihren verschiedenen Ausprägungen sehr wichtig für die Erklärung illegaler Kapitalbewegungen. Sie wird durch illegale Kapitalbewegungen „im Brutto“ getrieben und treibt diese selbst auch an. Anders als bei legalen Kapitalflüssen schädigen illegale Kapitalflüsse in beide Richtungen die gesamte Wirtschaft. Deshalb stellt sich die Frage des „Nettobetrages“ zwischen illegalen Kapitalzu-

---

<sup>24</sup> Dev Kar/Sarah Freitas, Russia: Illicit Financial Flows and the Role of the Underground Economy, in: Global Financial Integrity, February 2013.

flüssen und illegalen Kapitalabflüssen nicht. Deren schädliche Gesamtwirkung ist nach Meinung der Autoren in der Gesamtsumme aus Zuflüssen plus Abflüssen messbar. Nach ihren Erkenntnissen erhöht makroökonomische Instabilität den Abfluss illegalen Kapitals. Deshalb besteht das Erfordernis, die Preis- und Wechselkursstabilität aufrechtzuerhalten und Steuerstrukturen zu schaffen, die nicht (zu) belastend sind und zur Flucht animieren.

„Governance“ sei in Russland insgesamt deutlich schwächer geworden. Verbesserungsbedürftig erscheinen insbesondere die „Herrschaft des Gesetzes“ und die Kontrolle der Korruption. Die endemische Falschfakturierung im Handel gilt als ernsthaftes Symptom für die Schwächen der russischen Zollverwaltung, die umfassend reformbedürftig sei. Die dort vorhandenen Defizite behindern auch die Anstrengungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Die administrativen Mängel gefährden letztlich die nationale Sicherheit. Die massiven illegalen Kapitalabflüsse aus Russland und ihre starke Wirkung auf die Untergrundökonomie spiegeln in den Augen von Kar und Freitas jedenfalls das umfassende Versagen der Regierungs- und Verwaltungsstrukturen in diesem Land.

## V. Kriminalverfassung

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat nicht nur die politische Landschaft Russlands verändert.<sup>25</sup> Er war auch die Geburtsstunde einer neuen und wachsenden Art von Kriminalität.<sup>26</sup> Es waren zunächst neue – auch gewalttätige – Netzwerke entstanden, die aber inzwischen auch die Techniken des internationalen Kapitaltransfers nicht zuletzt deshalb erlernt haben, weil es ihnen zuerst vor allem die östlichen Mitgliedstaaten der EU ermöglicht haben, ihre Finanzkanäle zu nutzen, um den Gewinn aus kriminellen Handlungen aller Art zu transferieren und grenzüberschreitend zu investieren.

Es kann vorerst dahin gestellt bleiben, ob es eine Folge institutioneller Unfähigkeit oder struktureller Korruption ist, dass gegen diese Entwicklung bis heute keine umfassend wirkenden Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Im Gegenteil: Heutzutage sind auch und vor allem Banken in den EU-Mitgliedsländern und anderen westlichen Staaten damit beschäftigt, die aus der Sicht der kriminellen Akteure höchst wichtige Geldwäsche zu betreiben. Die Einführung eines risikobasierten Ansatzes in die Gesetzgebung zur Bekämpfung der Geldwäsche auf europäischer und nationaler Ebene hat daran kaum etwas verändert. Es liegen Beweise dafür vor, dass nach wie vor insbesondere osteuropäische Ban-

---

<sup>25</sup> Die folgenden Ausführungen beruhen ganz maßgeblich auf einer jüngeren in englischer Sprache verfassten Studie zu diesem Themenkomplex: Walter Kegö/Alexander Georgieff, *The Threat of Russian Criminal Money: Reassessing EU Anti-Money Laundering Policy*, Institute for Security & Development Policy, Stockholm Paper June 2013.

<sup>26</sup> Es gab allerdings auch im Westen einen „Modernisierungsschub“. Ausführlich: Wolfgang Hetzer, *Finanzmafia* 2011.

ken, aber selbstverständlich auch Finanzinstitute im Westen, aktiv an der Wäsche illegal erlangter Gelder aus Russland beteiligt sind. Die baltischen Staaten sind allerdings häufig der erste Anlaufpunkt für bemakeltes Kapital aus Russland und der Ukraine. Ein ganz besonderes Netzwerk („Vanagels Connection“) hat es geschafft, etliche baltische Banken zu instrumentalisieren, um die Herkunft von vielen Hunderten Millionen Euros zu verschleiern. Soweit Regierungen in den östlichen Mitgliedstaaten der EU überhaupt Gegenmaßnahmen ergriffen haben, blieben sie häufig lethargisch und zu meist erfolglos. Die russische organisierte Kriminalität (ROK) wird deshalb nicht nur weiter ein Problem für ganz Europa bleiben.<sup>27</sup> Es wird sich verschärfen. Ihre Macht wird weiter anwachsen, wenn es nicht gelingt, die Finanzkanäle trockenzulegen. Das ist aber nur dann zu schaffen, wenn die EU eine aktivere Rolle übernimmt, um in ihren Mitgliedsländern nicht nur dafür zu sorgen, dass die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben zur Geldwäschebekämpfung umgesetzt werden, sondern dass die entsprechenden Gesetze auch tatsächlich durchgesetzt werden.

Die EU wird allen Regierungen und Banken noch besser klarmachen müssen, dass andernfalls langfristig das Risiko zu groß ist, in die Aktivitäten der ROK verstrickt zu werden. Es ist höchste Zeit. Die Bedrohung durch die ROK an den Türschwellen der EU existiert immerhin schon seit weit mehr als 20 Jahren. Die Erträge russischer Kriminalität und insbesondere der Korruption sind an den Küsten der europäischen Finanzwelt platziert worden und gefährden nicht nur

---

<sup>27</sup> Organisierte Kriminalität (OK) ist natürlich kein „Privileg“ Russlands. Auch der Westen und insbesondere Deutschland sind betroffen, selbst wenn die Debatte darüber an Naivität manchmal schwer zu übertreffen ist. Einführend: Jürgen Roth, *Mafialand, Deutschland*, 2009; ders., *Gangsterwirtschaft*, 1. Aufl. 2010.



die finanzielle Stabilität der Gemeinschaft. Sie erhöhen auch Niveau und Intensität der sich daraus ergebenden Folgekriminalität. Dabei ist noch nicht einmal die wachsende russische Kriminalität das entscheidende Problem. Wichtiger ist der Umstand, dass die Bemühungen zur Eindämmung dieser Entwicklung weitgehend erfolglos geblieben sind. Das hat unterschiedliche Gründe: Die transnationalen Mechanismen der Geldwäsche zeichnen sich gerade in Russland dadurch aus, dass es dort innige Verbindungen zwischen führenden Politikern und dem organisierten Verbrechen gibt. Die EU sieht sich einer einzigartigen Bedrohung ausgesetzt: Eine kriminelle Kraft, die sich der Gunst einer nationalen Regierung erfreut.

Ein besonders beeindruckendes Beispiel ist ein Steuerbetrugskomplot aus dem Jahre 2007, in dessen Verlauf Hunderte Millionen Dollar aus Russland gewaschen wurden („Magnitsky/Hermitage Capital“). Der Fall zeigt die fest geschmiedeten Verbindungen zwischen Beamten der Steuerbehörden, Polizisten und der Unterwelt. Verdeckungsmaßnahmen und mangelnde Initiative der Regierung deuten auf politische Einflussnahme hin. Der Sachverhalt bietet darüber hinaus nahezu grotesk wirkende Einzelaspekte,<sup>28</sup> wirft ernste Fragen nach der Beteiligung von Banken auf und begründet Besorgnis wegen des Unwillens von Regierungen, die Bestimmungen der EU-Geldwäscherichtlinien umzusetzen und zu beachten.

Politische Lösungen erfordern eine klare Hierarchie der Verantwortlichkeiten. Ganz oben müsste die EU stehen. Dort wurde aber nicht genügend getan, um die effektive Durch-

---

<sup>28</sup> Zum Überblick: <http://lawandorderinrussia.org/2013/swiss-money-laundering-investigation-in-the-magnitsky-case-widens-with-new-requests-sent-to-multiple-swiss-financial-institutions-and-accounts-frozen/> (13. Januar 2013).

setzung der Geldwäschebestimmungen, etwa durch eine EU-weit tätige Behörde, die die Arbeit der nationalen Financial Intelligence Units (FIU) direkt beobachtet, zu gewährleisten. Das liegt im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten. Es wäre aber im besten Interesse der EU, wenn sie die Regierungen der Mitgliedstaaten veranlasste, Druck auf die „Financial Institutions (FI)“, (das sind nicht nur Banken!), in der jeweiligen Jurisdiktion auszuüben. Änderungen des gegenwärtigen regulativen Systems in der EU sind notwendig, damit alle nationalen Regierungen die einschlägigen Richtlinien angemessen umsetzen. Es bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung der anstehenden 4. EU-Geldwäscherichtlinie erfolgt und ob sie die nötige Wirkung hat.

Alleine die Verabschiedung von Gesetzen reicht aber nicht. Die Gesetzgeber sind angehalten, Beweise dafür vorzulegen, dass sie auch für deren Einhaltung sorgen. Das ist nicht allen Regierungen zuzutrauen. Die EU selbst sollte eine entsprechende Verantwortung übernehmen. Erforderlich wäre eine koordinierte Aktion, an der sich verschiedene Gruppen beteiligen. Dazu gehören natürlich die Finanzinstitutionen, die nationalen Regierungen und die EU selbst.

## VI. „Wild West“ im Osten

Die ROK blüht seit Beginn der 1990er Jahre auf. Die damals zunehmende Schwäche des russischen Staatswesens war eine der Voraussetzungen für ihren Erfolg. Erst allmählich begannen die USA und die EU zu begreifen, welche Gefahren damit auch für die Interessen der westlichen Welt verbunden sind. Dennoch konnte die ROK in den vergangenen mehr als 20 Jahren weiter wachsen und gedeihen. Die Versuche der USA und der EU, dieser Entwicklung entgegenzuwirken sind fast alle gescheitert. Die ROK hat weiter Fuß gefasst, weil die Geschwindigkeit des ökonomischen Wandels sehr viel höher war als die aller gesetzgeberischen Anstrengungen. Die russischen Regierungen konnten das nach dem Fall der Sowjetunion entstandene legale Vakuum nicht ausfüllen. Es entstand eine ganz besondere Art des Kapitalismus, der durch umfassende Regelungsdefizite privilegiert wurde, während im Westen und der übrigen Welt allerdings schon ein „Finanzkrieg“ ausgebrochen war.<sup>29</sup>

Wie auch immer: Die ROK hatte freie Bahn. Kriminelle Netzwerke konnten sich in einen schwarzen Markt einbetten, der immer mehr und immer schneller um sich griff. Schon in der Sowjetunion unter Breschnjew war die ROK infolge allgegenwärtiger und sogar zunehmender Korruption weit verbreitet. Schon damals kam es zu einem „Waffenstillstand“ mit den sowjetischen Regierungen. Nach den von Gorbatschow verfügten Liberalisierungen wechselten die ROK-Gruppen einfach vom schwarzen Markt auf die neu entste-

---

<sup>29</sup> Ausführlich: Wolfgang Hetzer, Finanzkrieg, 2013. Manche beobachten sogar einen „kalten Finanzkrieg“: Jürgen Roth, Die Gangster aus dem Osten, 2003, S. 178 ff.

henden legalen Märkte. Es entstand das Konzept der „Diebe im Gesetz“.

In organisierten kriminellen Netzwerken schufen „Mafia-Bosse“ ein System, das Anfang der 1990er Jahre noch viel hierarchischer strukturiert war als zehn und mehr Jahre später („Gulag-Schule“).

Der gegenwärtige amerikanische Außenminister John Kerry hatte damals noch als Senator behauptet, dass die wirkliche Macht bei den russischen „Paten“ und ihren Verbündeten liege. Dazu zählten ehemalige KGB-Angehörige, die in wichtigen Positionen in der privaten wie in der staatlich kontrollierten Wirtschaft gelangten, und Politiker in hohen Ämtern. Er sprach nachdrücklich von einer „Allianz“ zwischen russischen Amtsträgern und der ROK.

Diese Entwicklung ist nicht allzu überraschend, verloren doch viele staatliche Bedienstete ihre Arbeit und wähten sich zum Anschluss an kriminelle Gruppierungen gezwungen. Es wechselten auch viele, die ihren Job zunächst noch behalten hatten, in das kriminelle Milieu, weil sie aus ihrer Sicht nicht mehr genug verdienten. Die ROK konnte so aufgrund weitverbreiteter Korruption Macht und Einfluss über Regierungsangestellte gewinnen, die bereit waren, ihre Dienste anzubieten, um ihr Einkommen aufzubessern. Zu jener Zeit hatte die ROK schon die Fähigkeit entwickelt, in jeden Sektor der Wirtschaft und der Regierung einzudringen. Sie war durch die Korrumpierung der politischen Macht und der Strafverfolgungsbehörden und durch den Ehrgeiz geprägt, monopolistische Strukturen in Territorien und in der Eigentumsordnung zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei den Städten St. Petersburg und Moskau. Dort wurden Schutz- und Einflusszonen aufgebaut. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Gruppen, von denen es einige schafften, durch

Schutzversprechen sogar die Loyalität der örtlichen Wählerschaft zu erhalten. Dies lag allerdings auch daran, dass es damals für private Geschäftsleute nicht möglich war, mit rechtlichen Mitteln für die Erfüllung geschlossener Verträge zu sorgen. Man konnte sich nicht darauf verlassen, dass die Polizei Bürger und Geschäftsleute vor physischen Bedrohungen schützt.

Die Anfang der 1990er Jahre beginnende Infiltration von Regierungsbehörden war ein großer, wenn nicht der entscheidende Schritt auf dem Weg zur „Legitimierung“ der ROK. Korrupte Beamte begannen, die kriminellen Syndikate mit Exportgenehmigungen, Zollabfertigungsdokumenten, Steuerausnahmebescheiden und Regierungsaufträgen zu „beliefern“.

Mitte der 1990er Jahre konnte man sich auch der Dienste von Mitarbeitern von Abgeordneten des Parlaments (Duma) für 4-5000 Dollar versichern. Die ROK hatte so die Möglichkeit, jede Entscheidung zu ihren Gunsten zu beeinflussen, die auf eine Bekämpfung von Kriminalität und Korruption abzielte. Am Ende des Jahrzehnts verfügte die ROK aufgrund ihrer Allianz mit den Oligarchen in den strategisch wichtigen Bereichen der Wirtschaft über noch mehr Einfluss im Regierungsapparat und unterstützte den illegalen und korrupten Verkauf russischer Ressourcen ins Ausland. Zugunsten der Oligarchen beteiligte sich die ROK am Schmuggel von Öl, Gas und anderen strategischen Gütern.<sup>30</sup> Durch die Vermeidung von Exportsteuern wurden den russischen Bürgern und Steuerzahlern viele Milliarden Dollar widerrechtlich entzogen.

---

<sup>30</sup> Zur Karriere eines ganz besonderen Exemplars: Jürgen Roth, *Der Oligarch – Vadim Rabinovich bricht das Schweigen*, 2001.

Der ROK ist es auch gelungen, in den Banksektor vorzudringen. So konnte sie den Geldfluss ins Ausland effizient kontrollieren. Nachrichtendienstlichen Quellen zufolge hatten schon damals 25 der größten Banken direkte Verbindungen zu Gruppen der ROK. Nach Feststellungen der russischen Zentralbank verstießen im Jahre 1995 angeblich über 70 Prozent der Banken in Moskau gegen einschlägige gesetzliche Bestimmungen. Die ohnehin nur rudimentär ausgebildeten Vorschriften wurden permanent verletzt, um illegale Gewinne außer Landes zu schaffen. Dennoch widmete man sich im Westen keineswegs dem rechtswidrigen Vorgehen russischer Banken. Die Erklärung ist einfach. Westliche Banken und Finanzinstitute überall haben enorm von den Vermögen in Milliardenhöhe profitiert, die gewaschen und überall im Westen deponiert wurden. Ein Jahr vor dem wirtschaftlichen Kollaps, also im Jahre 1997, standen zwei Drittel der russischen Wirtschaft unter der Kuratel krimineller Organisationen. Während die normalen russischen Bürger sich auf den Straßen nicht mehr sicher fühlen konnten, waren Politiker und Oligarchen mit der Plünderung der Schätze des Landes beschäftigt, beraubten also die eigenen Landsleute. Sie erhielten kaum soziale Unterstützung und konnten keine Infrastrukturleistungen genießen.

Die ROK verschärfte die Problematik, indem sie den Transfer von Geld und Ressourcen ins Ausland organisierte und das rechtswidrig erlangte Kapital korrupter Amtsträger schützte. Nach Schätzungen aus dem Jahre 1996 wurden 30-50 Prozent des von der ROK erzielten Einkommens an korrupte Bedienstete weitergeleitet bzw. „rückerstattet“.<sup>31</sup>

---

<sup>31</sup> Samuel D. Porteous, The Threat of Transnational Crime: An Intelligence Perspective, <http://www.opensourceintelligence.eu/ric/doc/The%20threat%20from%20transnational%20crime.pdf> (15. Oktober 2012).

Erst Mitte der 1990er Jahre schien der Westen ganz allmählich zu begreifen, dass man Gegnern aus einem Land gegenüberstand, das durch Kontrollverlust geprägt war. Das Militär in Russland war übrigens ebenfalls nicht in allen Teilen von organisierter Kriminalität zu unterscheiden.

Eine große Bedrohung erwuchs zudem aus der damaligen geopolitischen Situation in Osteuropa, das zu einem Vorposten wichtiger politischer Veränderungen geworden war. Dort erhoffte man sich den Aufbau erfolgreicher Demokratien. Die noch sehr unvollständigen Sicherheits- und Justizsysteme eröffneten jedoch der ROK auch in diesen Ländern neue und weitere Aktionsfelder. Die Furcht wuchs, dass auch der Rest Europas dadurch bedroht sein könnte, war doch erkennbar geworden, dass die ROK sehr daran interessiert ist, ihre Geschäfte ohne Rücksicht auf politische Grenzen zu betreiben. Es wurden Allianzen geschmiedet, die von kolumbianischen Drogenbanden bis zur italienischen Mafia reichten. Man wählte sich am Beginn einer ganz besonderen „Globalisierung.“

Am größten war allerdings die Besorgnis wegen der anwachsenden Interaktionen mit legal operierenden Geschäftsbereichen und den diversen Finanzinstitutionen im Westen. In der Debatte über die weltweite Ausbreitung der ROK wurde die Tatsache verschwiegen, dass es im Westen zu einer Komplizenschaft mit dieser gefährlichen Kriminalität gekommen war, die zum Teil bis heute fortbesteht. Hohe Milliarden-Beträge sind mit Hilfe „kooperativer“ Banken in Westeuropa und den USA aus Russland herausgeschafft worden. Als die amerikanischen Justizbehörden noch darum bemüht waren, die Banken ihres Landes vor illegal erworbenem Vermögen zu schützen, waren diese zu einem erheblichen Teil schon an entsprechenden Schmuggel- und Verschleierungsoperationen beteiligt. Die Beteiligten der

„Finanzgemeinschaft“ gaben dagegen vor, sich gegen die angebliche „Hysterie“ der Geldwäschevorwürfe zu wenden. Der Grund war einfach: Banker haben vom Zufluss der Milliardenbeträge enorm profitiert, selbst wenn die enormen Summen nur kurze Zeit im Lande blieben.

In den 2000er Jahren wurde noch deutlicher, wie sehr die Banken auch in diesem Bereich nur an der Profiterzielung interessiert waren (und sind). Umso mehr war und ist man im Westen von der Rechtsdurchsetzung sowohl durch eigene Jurisdiktion als auch durch die der Russen abhängig. Das war in der Mitte der 1990er Jahre aber alles andere als einfach, weil die zuständigen Behörden sich zu großen Teilen unter dem Joch der ROK befanden. Die Unfähigkeit zu angemessenen Ermittlungen hing auch von dem politischen Willen und dem Rechtsrahmen ab, der in den 1990er Jahren aufgebaut worden war. Soweit in westlichen Ländern Untersuchungen gegen die ROK überhaupt begonnen wurden, scheiterten sie zumeist wegen der verzögerten Beantwortung von Anfragen und der Weigerung der russischen Seite, Beweismaterial vorzulegen. Politische Einflussnahme und Korruption haben die Anstrengungen zudem oft unterminiert. Schlimmer noch: Als es russischen organisierten kriminellen Gruppen immer mehr gelungen war, politische Kreise zu infiltrieren, haben sie ihren Einfluss genutzt, um internationale kriminalistische Untersuchungen gegen politische Gegner oder ethnische Minderheiten zu initiieren und sie durch Vorlage falscher Beweismittel zu steuern. Oligarchen und korrupte Beamte haben sogar Manipulationen im Büro des Generalstaatsanwalts vorgenommen, um die ROK und ihre Verbündeten zu schützen. Kooperationsbereitschaft bei internationalen Ermittlungen zeigten die Russen allerdings dann, wenn keine Russen involviert waren oder es um „moralische“ Angelegenheiten (z. B. Sex-Tourismus und Kinderpornographie) ging.



Die auf die ROK gerichteten Bemühungen westlicher Behörden blieben zum größten Teil erfolglos. Daran hat sich bis heute im Wesentlichen nichts geändert. Nur die „Verkleidung“ der ROK ist anders geworden. Mit ihren Wurzeln noch in der Sowjetunion blühte sie im gesetzesfreien Raum der nachfolgenden russischen Föderation weiter auf. Die fortgesetzte Privatisierung vor der Schaffung eines verlässlichen Rechtsrahmens war ein „Segen“ für die ROK. Ihre Gruppierungen profitierten von einem ungezähmten Kapitalismus. Sie drangen in jeden Bereich der Gesellschaft vor und verwirklichten ein neues „Wild-West-Prinzip“. Ihre Vertreter haben die Verbindungen zu korrupten Politikern „kapitalisiert“. Sie konnten sich durch ihre Verankerungen im Regierungsapparat weiter freie Bahn verschaffen. Ihr Erfolg in Russland war die Basis ihrer Ausdehnung auch in andere Länder. Dies geschah mit Hilfe von Allianzen mit nahezu jeder größeren kriminell organisierten Gruppe in der Welt. Die Wahl Putins im Jahre 2000 veränderte die Situation in mancher Hinsicht. Die Interessen der ROK gerieten in Gefahr. Es ist aber zweifelhaft, ob dies mit tiefgreifenden und nachhaltigen Wirkungen verbunden ist.

## VII. Der tiefe Staat

Putin hatte nach seinem Amtsantritt zwar die „Herrschaft des Gesetzes“ ausgerufen. Damit alleine ist die ROK offensichtlich nicht zu beseitigen. Auch russische Kriminelle haben sich an die veränderten politischen Verhältnisse angepasst. In der Folge entstand ein noch stärker internationalisiertes kriminelles Netzwerk. Es hat sich nicht zuletzt wegen seines klandestinen und geschmeidigen Charakters und seiner Kontakte zur internationalen Finanz- und Geschäftswelt prächtig entwickelt.

Zu den wesentlichen Unterschieden zwischen den 1990er Jahren und den 2000er Jahren gehört eine strukturelle Neuausrichtung. Es gibt keine formal stark ausgeprägte Hierarchie mehr. Die Zahl der „Diebe im Gesetz“ hat abgenommen. Die einzelnen Gruppen können auch ohne einen (mehr oder minder großen) „Paten“ funktionieren. Die moderne ROK hat eine „Zellenstruktur“. Sie geht informelle und effektive Allianzen ein, deren Macht nicht zu unterschätzen ist. Dabei gibt es eine nationale und eine internationale Dimension. Als internationale Kraft kann sich die ROK auf ein gut ausgebautes und bedürfnisgerechtes „Tunnelsystem“ verlassen. Bemakeltes Kapital wird darin an jede beliebige Stelle in der EU transferiert.

Der Fortbestand der ROK war schon in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gesichert, weil prominente Regierungsmitglieder und Oligarchen ihren „Segen“ gaben. Die Zusammenarbeit zwischen Vertretern öffentlicher Behörden und Bewohnern der „Unterwelt“ wurde entsprechend enger, zumal noch mehr Korruption aufkam und Amtsträger in betrügerische Komplote verwickelt wurden. Die Flaneure auf den „Korridoren der Macht“ näherten sich immer mehr der ROK und stellten neue starke Verbindungen her. Das bemakelte

Geld konnte umso leichter in und durch Banken weitergeleitet werden, die zum größten Teil von Oligarchen kontrolliert wurden. In dieser Lage wurde Putins Erscheinen auf der politischen Bühne in der kriminellen Welt zunächst als Schock empfunden. Die Befürchtung wuchs, dass die Herrschaft des Gesetzes der bisherigen staatlichen Protektion ein Ende bereiten würde. Der Nexus blieb aber in veränderter Form erhalten. Das neue Verhältnis zum Kreml basiert nicht mehr auf einer offenen Unterstützung. Es gründet auf einer subtilen aber gleichwohl bedrohlichen Allianz. Die von Putin ausgeübte Kontrolle dürfte indessen einzigartig sein. Das Verhältnis zwischen der ROK und der Regierung ist dadurch charakterisiert, dass die ROK solange operieren kann, wie sie gleichzeitig mit der Regierung kooperiert und sich nicht in deren Funktionen einmischt. Ihre Aktivitäten müssen sich innerhalb der Grenzen halten, die im Kreml definiert werden. Sie setzt also nicht mehr die Regeln, sondern ist nur noch ein Element innerhalb des Machtsystems von Putin.<sup>32</sup>

Diese Verhältnisse entsprechen weder dem Gesetzlichkeitsprinzip noch der „Herrschaft des Rechts“. Der Komplexität des „Nexus“ zwischen Regierung und organisierter Kriminalität wird es dennoch nicht gerecht, wenn man Russland als „Mafia-Staat“ titulierte. Diese Bezeichnung würde aber durchaus auf andere Staaten passen, mit denen der Westen lukrative wirtschaftliche Verbindungen pflegt und in denen er immer wieder mit wechselndem Erfolg versucht, die Fackel der Freiheit und der Demokratie zu entzünden, übrigens auch mit militärischem „Feuerwerk“.

---

<sup>32</sup> Charles Clover, „Who runs Russia?“, in: Financial Times, 16. Dezember 2011.

Aus strategischer Sicht erscheint der Ansatz Putins durchaus als sinnvoll.<sup>33</sup> Anfang der 2000er Jahre war Russland noch sehr mit den Folgen des wirtschaftlichen Crashes von 1998 belastet. Die Wirtschaft begann sich seinerzeit zwar etwas zu erholen. Es gab aber eine weit verbreitete Instabilität. Die Gas- und Ölpreise hatten noch nicht das Niveau erreicht, das sie Mitte der 2000er Jahre hatten. In dieser Lage wollte Putin nach Möglichkeit einen „Krieg“ zwischen der Regierung und der „Mafia“ vermeiden. Ein Angriff auf eine derart starke Kraft hätte zu ernsthaften Konflikten geführt. Die mächtige Allianz der Oligarchen wäre verprellt worden. Zu dieser Zeit lag das prioritäre Interesse Putins darin, die Oligarchen von politischer Macht fernzuhalten bzw. zu entfernen. Ein Krieg mit den Führern des organisierten Verbrechens und den Oligarchen zur gleichen Zeit wäre ein ziemlich schwieriges Unterfangen gewesen. Nach außen führte Putin daher einen „Pseudo-Krieg“, indem er scharf gegen die Interessen der Kriminellen und ihre Vermögen vorging und eine „Diktatur des Gesetzes“ errichtete. Gleichzeitig gelang es ihm aber, sein Verhältnis zu den ROK-Gruppen durch Beschränkungen und Regeln zu konsolidieren, die sich letztlich für beide Seiten begünstigend auswirkten. Die Grundlage des gesamten Reglements war einfach: Solange sich die ROK nicht in die Interessen Putins einmischte, würde er ihren Vertretern die Fortsetzung ihrer Tätigkeit erlauben.<sup>34</sup> Damit konnten die Allianzen zwischen der

---

<sup>33</sup> Ausführlich über Ziele und Methoden des Staatspräsidenten: Margareta Mommsen/Angelika Nußberger, *Das System Putin*, 2007. Neueren Eindrücken zufolge betreibt Putin mittlerweile die Spaltung der Gesellschaft: Mari Lipman, *Die Vielen und die Wenigen*, in: *Russland*, Edition *Le Monde diplomatique* No. 13, 2013, S. 12 ff.

<sup>34</sup> William Partlett, „Putin’s Artful Jurisprudence“, in: *The National Interest*, 2. Januar 2013.

ROK und den Oligarchen aufgelöst, die Kontrolle der Straßen durch Gangstergruppen beendet und die „Loyalitäten“ zwischen Kriminellen und Abgeordneten der Duma und Regionalregierungen begrenzt werden. Das wahre Ausmaß dieser Art von „Regelhaftigkeit“ ist jedoch unbekannt. Sie unterliegt der „Amtsverschwiegenheit“ und ist in keiner Kodifikation erfasst. Eine leise Ahnung entsteht, wenn man Fälle studiert, in denen es zum Bruch dieser Regeln gekommen ist. Dazu gehören u. v. a.:

- der Versuch von Vladimir Barsukov als Chef der Tombov-Gruppe in die Ölindustrie in St. Petersburg vorzudringen;
- die Etablierung der früheren Moskauer Bürgermeisters Yury Luzhkov an der Spitze einer kriminellen Hierarchie, seine Verbindungen mit Semion Mogilevich, der weltweit als einer der gefährlichsten Verbrecher galt, und die Zusammenarbeit Luzhkovs mit der ROK im Rahmen von Geldwäsche und öffentlicher Korruption sowie seine Kritik an Medvedev und der Strategie der herrschenden „Eliten“ sowie seine Einmischung in die wirtschaftlichen Interessen des Kremls.

Insbesondere der Fall Luzhkov zeigt die direkte Beteiligung des Kreml und von Vertretern der Armee und der Geheimdienste („Silowiki“ = Kraft/Stärke) an Aktivitäten des organisierten Verbrechens.<sup>35</sup> Diese Beziehung offenbarte sich in engen, fast nahtlosen Verbindungen zwischen dem „tiefen Staat“, d. h. der Kleptokratie in der Regierung, dem Parlament, der Zivilgesellschaft, den Strafverfolgungs- und Jus-

---

<sup>35</sup> Zu einigen wirtschaftlichen und politischen Hintergründen der Absetzung des Moskauer Bürgermeisters: Alexander Rahr, *Der kalte Freund*, 2011, S. 79.

tizbehörden und der Geschäftswelt auf allen Ebenen sowie im Militär und vor allem in den Sicherheitsdiensten.<sup>36</sup>

Die Ermordung des stellvertretenden Chefs der russischen Zentralbank Andrei Kozlov im Jahre 2006 hat faszinierende Fragen im Hinblick auf Geldwäscheaktivitäten und Verbindungen zu „Silowiki“ und besonders dem Inlandsgeheimdienst FSB hervorgerufen. Zunächst schien der Fall durch die Verurteilung des Bankers Alexei Fenkel gelöst. Im Vorfeld gab es aber Vorkommnisse, die anwachsende offizielle Verbindungen zwischen der ROK und Geldwäscheaktivitäten erkennen ließen und Beklommenheit auslösten. Dazu gehört der Widerruf der Lizenz für die Moskauer Kreditbank Diskont. Mitarbeiter der Bank wurden beschuldigt „Frontgesellschaften“ für Geldwäschezwecke gegründet zu haben. Es gab Bezüge zu der von Kozlov verfügbaren Lizenzentziehung und dem Einfrieren von Vermögenswerten der Diskont Bank. Diese Bank zeichnete sich durch einige Besonderheiten aus. Sie hatte relativ wenige Kunden, war aber in umfangreiche Geldgeschäfte mit „Offshore-Firmen“ verwickelt. Siebzehn Firmen, darunter manche, die dem Kreml und dem russischen Geheimdienst FSB nahestanden, hatten Einlagen in der Diskont Bank, darunter der stellvertretende Direktor des FSB Alexander Bortnikov.

In Deutschland ist manches dagegen etwas eleganter. Dort heuerte der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Ernst Uhrlau (SPD), kurz nach seiner Pensionierung als „Berater“ bei der Deutschen Bank an, einem Geldinstitut, bei dem die Frage, ob es sich um eine kriminelle Vereinigung handelt, noch nicht zufriedenstellend beantwortor-

---

<sup>36</sup> Evan Grant, „The Russian Mafia and Organized Crime: How Can The Global Force Be Tamed“, in: Open Democracy, 12. Oktober 2012.

tet ist.<sup>37</sup> Dies geschah mit der Zustimmung des ehemaligen Kanzleramtschefs Ronald Pofalla (CDU), der sich seinerzeit selbst um eine gut bezahlte Tätigkeit bei der Deutschen Bahn bemühte und Anfang des Jahres 2015 dort seinen Dienst als „Generalbevollmächtigter für politische und internationale Beziehungen“ antreten sollte.

In den hier nur andeutbaren russischen Zusammenhängen lagen Indizien dafür vor, dass die Erträge aus der Bestechung von Amtsträgern über Privatbanken gewaschen wurden. Einiges ging über Geldwäsche hinaus. Es gab beweiskräftige Anzeichen, dass die russische Regierung ROK-Strukturen für „private“ Zwecke eingesetzt hat, darunter Waffenschmuggel.<sup>38</sup> Andere Fälle legen die Vermutung nahe, dass im Zuge vielfältiger Privatisierungen die Grenzen zwischen der russischen Regierung, kriminellen Netzwerken und dem Geheimdienst FSB verwischt wurden. Es fehlt jedoch an konkreten Beweisen dafür, dass es eine direkte Beziehung zwischen diesen Gruppen gibt. Dies ist typisch für die Gesamtlage. Die diversen Allianzen können auch deshalb so erfolgreich sein, weil die erforderliche Beweisführung häufig nicht gelingt und gelegentlich sogar lebensgefährlich für diejenigen ist, die sich darum bemühen. Die Betroffenen können sich dabei auch nicht immer auf die Unterstützung von Vorgesetzten und vermeintlichen Autoritäten verlassen. Allzu häufig zeigt sich, dass politische Opportunität jeder Legalität überlegen ist. Die Professionalität einzelner Bediensteter ist bei einer bestimmten Art der OK überall auf der Welt bedeutungslos oder zumindest chancenlos, da innerhalb der jeweiligen Machtpyramiden Korruption, Feig-

---

<sup>37</sup> Vgl. dazu: Wolfgang Hetzer, Ist die deutsche Bank eine kriminelle Vereinigung?, in: Die Kriminalpolizei 1/2014, S. 26 ff.

<sup>38</sup> Natalia Morar, „Officials are Taking Money Away to the West“, in: The New Times, 21. Mai 2007.

heit und Geldgier zu eng miteinander verknüpft sind. Dabei handelt es sich allerdings nicht nur um ein russisches „Privileg“!

Den „Mann auf der Straße“ in Russland erschüttert das alles auch nicht allzu sehr. Die Infiltration durch die ROK ist nicht neu. Aus der Sicht normaler Russen hat sich Lage sogar verbessert, weil sie derzeit weniger Gewalt auf den Straßen fürchten müssen. Die Furcht vor der ROK hat insgesamt deutlich nachgelassen. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ROK weiterhin Betrug aller Art und Korruption fördert und verstärkt und dem russischen Steuerzahler enorm hohe Summen vorenthält. Noch beunruhigender ist die Tatsache, dass es nach wie vor intakte Verbindungen zwischen der ROK und dem Machtapparat, auch den Strafverfolgungsbehörden, gibt.<sup>39</sup> Die ROK wird bleiben, solange es die Korruption im Staatswesen gibt. Auch und gerade der „normale“ russische Bürger wird weiter leiden, solange Amtsträger mit dem organisierten Verbrechen verbunden sind und bestimmte Allianzen fortbestehen.

Wenn es richtig ist, dass der Kreml nach seinen Kriterien bestimmte kriminelle Aktivitäten „erlaubt“, dann stellt sich aber doch die Frage, warum die ROK in erheblichem Umfang bemüht ist, ihre illegal erlangten Gewinne ins Ausland zu schaffen. Vor dem Hintergrund der Unberechenbarkeit Putins und des volatilen Charakters des russischen Marktes kommen folgende Überlegungen in Betracht:

Zum einem fühlt man sich angesichts des unvorhersagbaren politischen Klimas in Russland nicht sicher. Gegenwärtig ist auch die ROK den Launen des Kremls ausgeliefert. Putin selbst scheint immer schwerer berechenbar. Sollte sich der

---

<sup>39</sup> Andrew Osborn, „Russian Mafia Buying Jobs in Police and Judiciary“, in: The Telegraph, 19. August 2010.



Kreml wie im Fall Barsukov zum Angriff auf eine ROK-Gruppe entschließen, sind die kriminell erworbenen Vermögensbestände im Ausland natürlich sicherer. Solange Russland als „sicherer Hafen“ gilt, wird es dem Kreml gelingen, mehr und bessere Informationen über bestimmte Kriminelle und die Wege des Geldes zu sammeln und so besser in der Lage sein, dieses Geld zu beschlagnahmen. Im Ausland sind entsprechende Vermögensteile schwieriger zu lokalisieren und zu konfiszieren. Zum anderen sind Identifizierungen und Konfiszierungen komplizierter, wenn das Geld über mehrere Länder gelaufen ist und verteilt wurde. In dem zitierten Steuerbetrugsfall aus dem Jahre 2007 ist das von den Steuerbehörden erlangte Geld über ein halbes Dutzend russischer Banken geleitet worden und wurde später nach Moldawien, Zypern, UK und auf die Britischen Jungfraueninseln verbracht. Dabei gibt es mindestens zwei erfolgsträchtige Wege für Geldwäsche, besonders in Ländern, die nicht der EU angehören und deren Rechtshilfesysteme nicht existent oder mangelhaft sind.

Der eine Weg ist Eigentumserwerb (Grundstücke, Autos, Boote, Flugzeuge, etc.). Das Wiederauffinden ist u. a. wegen der schwachen Regulierung von Institutionen, die nicht zu den Finanzinstitutionen gehören, schwierig. Der andere Weg ist der Transfer des Geldes zunächst an und über Länder, die nicht der EU angehören und dann die anschließende Weiterleitung in die EU zur „Legalisierung“. Unter diesen Auspizien akzeptieren viele westliche Banken Geld jeglicher Herkunft.

Die Verwicklung der Familie Katsyv (Peter Katsyv war der stellvertretende Minister für Transport in Russland) in Geldwäscheaktionen von Russland nach Israel ist nur eines von

vielen beeindruckenden Beispielen.<sup>40</sup> Daran lässt sich gut erkennen, dass die Internationalisierung eine strategische Entscheidung der ROK war, um sich besser in das legale Geschäft und die Finanzwelt zu integrieren.

Die Zusammenarbeit mit anderen kriminellen Gruppierungen im Ausland wurde ebenfalls erleichtert. Die Aufmerksamkeit wird so von den russischen Tätern auf Ausländer abgelenkt. Die Integration in legale Strukturen geschieht mit der Beschäftigung von Rechtsanwälten, Bankmanagern und Buchhaltern. Die ROK beschäftigt nicht mehr vornehmlich „schmierige“ und gewalttätige Ganoventypen, sondern qualifizierte Personen auf mittlerer und hoher Ebene, die in der Lage sind, „auf Augenhöhe“ mit Topmanagern, führenden Beamten und Politikern umzugehen.

Inzwischen etabliert sich die dritte Generation russischer Krimineller. Zur ersten gehörte die schon erwähnte „Gulag Schule“. Die zweite hat sich ihren Weg in das System freigekauft. Die dritte wird von einem Typus verkörpert, dem es gelungen ist, sich versteckt mitten im politischen und wirtschaftlichen Apparat zu platzieren. Die Angehörigen dieser Generation kommen aus dem Innern der „Elite“, sind im Westen erzogen und ausgebildet worden und „bewaffnet“ mit wichtigen Verbindungen überall in der EU. So konnte ein kriminelles „Empire“ entstehen. Die ebenfalls schon erwähnte „Vanagel-Gruppe“ ist nur ein Teil davon, verkörpert aber die mittlerweile entstandenen komplexen Netzwerke. Es handelt sich dabei um ein „Offshore-Netzwerk“, das vornehmlich in baltischen Staaten residiert, aber neben Russland auch Länder wie die Ukraine, Moldawien, UK und

---

<sup>40</sup> Zu den Einzelheiten: Kegö/Georgieff, ebd., S. 26, 27, 28.

Zypern umfasst und dort komplexe Geldwäschetransaktionen orchestriert.<sup>41</sup>

---

<sup>41</sup> Zu weiteren Einzelheiten: Kegö/Georgieff, ebd., S. 29, 30, 31.

## VIII. Schlussbemerkungen

Die sich seit Beginn der 1990er Jahre entwickelnde ROK hat sich den zum Teil tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Russland und Europa erfolgreich angepasst. Die folgenden Thesen können die besorgniserregende Lage offensichtlich nur unvollständig beschreiben:

1. Die ROK ist eine internationale Macht geworden.
2. Die ROK ist in den legalen Sektor eingesickert und versteckt sich in legalen Geschäftsstrukturen und Finanzinstitutionen und ist deshalb schwer zu bekämpfen.
3. Die ROK hat sich an Gesetze angepasst und bleibt bemüht, sich mit Schlüsselfiguren zu assoziieren, um weiter über dem System zu stehen.
4. Innerhalb Russlands ist die regierungsamtliche Unterstützung der ROK zwar nicht mehr so offensichtlich und unverfroren wie Anfang der 1990er Jahre. Das hindert aber nicht die Annahme, dass Putin die dazugehörenden Gruppen in besonderer, jedoch nicht justizförmig beweisbarer Weise kontrolliert.
5. Putin setzt der ROK Grenzen, erlaubt ihr dennoch die Fortsetzung ihrer Operationen und stellt gleichzeitig sicher, dass die ROK nicht die vom ihm gezogenen Grenzlinien überschreitet.
6. In Russland wird jeder entsprechende Versuch einer Grenzüberschreitung als Herausforderung betrachtet, die üblicherweise mit schweren Kriminalstrafen beantwortet oder gar mit dem Tod endet.
7. Innerhalb definierter Begrenzungen ist die ROK handlungsfähig und verbündet sich bei ihren Aktivitä-

ten mit Politikern und Amtsträgern, betreibt Geldwäsche und hält ihre Präsenz im Land aufrecht.

8. Putin hat bis jetzt einen groß angelegten „Krieg“ mit der ROK vermieden und es ist ihm gelungen ist, die Straßen wieder sicherer zu machen.
9. Die ROK blüht international weiter auf und ist multinational geworden, so dass sie ein besonders hohes Schutzniveau gegen Konfiskationen aller Art genießt.
10. Russische Kriminelle senden weiterhin unverzagt „ihr“ Geld ins Ausland, während sie wie moderne Privatunternehmer handeln, die immer wieder in speziellen Bereichen sogar als „Auftragnehmer“ der russischen Regierung operieren und dabei internationale Protektion genießen.



# Finanzen und organisierte Kriminalität in Russland

Wladimir Putin beherrscht seit 15 Jahren die politische Bühne in Russland. In dieser Zeit hat kein anderes Land in Europa vergleichbar dramatische Änderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, der wirtschaftlichen Ordnung und des politischen Systems erfahren. Die Verknüpfungen zwischen Wirtschaft, Militär, Sicherheitsdiensten, Politik und organisierter Kriminalität haben ein gefährliches Milieu geschaffen. Dort sind Gefahren und Bedrohungen entstanden, die über die Grenzen Russlands hinausreichen. Die Folgen dieser besorgniserregenden Entwicklung, bei der die Staatsfinanzen, aber auch die Aktivitäten der russischen organisierten Kriminalität wie etwa die Geldwäsche eine besondere Bedeutung haben, sind unter anderem Gegenstände dieser Schrift, die zum ersten Mal die strategischen und sicherheitspolitischen Zusammenhänge sowie die konkreten kriminellen Methoden der Beteiligten beschreibt.